

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Messung von nicht-ionisierender Strahlung in der Stadt durch die Mobilfunkbetreiber**

In der Antwort auf die Motion SP/JUSO: „Umsetzung der Verordnung über die Nicht-Ionisierende Strahlung (NISV) in der Stadt Bern“ aus dem Jahre 2006 präsentiert der Gemeinderat ein Konzept für die Messung von nicht-ionisierender Strahlung von Mobilfunkanlagen an Orten mit empfindlicher Nutzung (OMEN). Er kommt in seiner Antwort zum Schluss, dass sich längerfristige wiederkehrende Immissionsmessungen nicht aufdrängen, für die Abklärung der aktuellen Situation eine einmalige Messkampagne jedoch aufschlussreiche Informationen liefern könne. Da aber die Messungen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fielen, sei der Gemeinderat nur bereit, diese durchzuführen, sofern der Kanton und/oder Dritte die Messungen finanzieren würden. Der Vorstoss wurde vom Stadtrat als Postulat überwiesen.

Aus dem nun vorliegenden Prüfungsbericht geht hervor, dass der Kanton seinerseits keine Notwendigkeit für eine kontinuierliche oder einmalige Messung im Sinne der geplanten Kampagne sieht.

Als letzte Möglichkeit, um diese aus unserer Sicht sinnvollen und notwendigen Messungen durchzuführen, sehen wir eine Finanzierung einer solchen Messkampagne durch Private bzw. die Mobilfunkbetreiber selber, umso mehr, als ein Konzept vorliegt und die Messungen eigentlich umgehend gestartet werden könnten.

In diesem Sinne wird der Gemeinderat gebeten, bei denjenigen Firmen, die in der Stadt Bern Mobilfunkantennen betreiben vorstellig zu werden und sie gemäss dem Verursacherprinzip zu einer Finanzierung der Messkampagne zu bewegen.

Bern, 31. Januar 2008

*Corinne Mathieu, SP*